

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marlene Schönberger, Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Schahina Gambir, Marcel Emmerich, Nyke Slawik, Lukas Benner, Lamya Kaddor, Dr. Andrea Lübcke, Claudia Müller und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechtsextreme Jugendstrukturen im Umfeld der Partei „Die Heimat“ und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“

Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig bezeichnet den Rechtsextremismus als „die größte Gefahr, die Deutschland von innen droht“ (www.tagesschau.de/inland/regional/razzia-gegen-rechtsextreme-jugendorganisationen-auch-im-norden,rechtsextremismus-174.html). Im Jahr 2025 wurden so viele rechtsmotivierete Gewalttaten registriert wie zuletzt im Jahr 2016 (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2026-05/rechte-gewalt-bka-mecklenburg-vorpommern-gxe). Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft beobachten insbesondere seit 2024 einen Zuwachs aktionsorientierter rechtsextremer Jugendgruppen, die sowohl im digitalen Raum als auch auf der Straße sichtbar auftreten (www.zdfheute.de/panorama/kriminalitaet/rechtsexterme-jugendgruppen-verfassungsschutz-radikalisierung-queerfeindlichkeit-100.html). Häufig treten diese Gruppen im Kontext von Demonstrationen gegen Christopher-Street-Days (CSD), durch Hetze, Einschüchterungen und durch Gewalt- und Bedrohungshandlungen insbesondere gegen queere, linke, migrantische, jüdische und muslimische Personen, in Erscheinung.

Die Bundesregierung beschreibt die rechtsextremen Jugendgruppen als „gewaltorientiert“ (Bundestagsdrucksache 21/1990, S. 3). Diese geraten zunehmend ins Visier staatlicher Exekutivmaßnahmen: Nach Festnahmen von Mitgliedern der „Sächsischen Separatisten“ und der „Letzten Verteidigungswelle“ gab es am 6. Mai 2026 bundesweite Großrazzien gegen die Jugendgruppen „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) (auch bekannt als „Neue Deutsche Welle“) und „Jung und Stark“ (JS) (www.tagesschau.de/inland/regional/razzia-gegen-rechtsextreme-jugendorganisationen-auch-im-norden,rechtsextremismus-174.html). Der Dresdner Ortsgruppe „Elblandrevolte“ der „Jungen Nationalisten“ (JN), der Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD), wird vorgeworfen, am Angriff auf den SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke im Mai 2024 beteiligt gewesen zu sein (<https://jungle.world/artikel/2026/06/rechtsextremismus-dritter-weg-die-heimat-nachwuchs-mit-schlagkraft>).

Laut der Bundesregierung stellen diese rechtsextremen Jugendgruppen einen „naheliegenden Rekrutierungspool“ für etablierte rechtsextremistische Strukturen dar (Bundestagsdrucksache 21/1990, S. 13). Die Szene verbinde dabei „Spaß, Freizeit und extrem rechte Ideologie“ zu einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ (<https://jungle.world/artikel/2026/06/rechtsextremismus-dritter-weg-die-heimat-nachwuchs-mit-schlagkraft>). „Die Heimat“ und JN spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Die Bundesregierung verweist auf

die Vernetzung und Kooperation zwischen Gruppierungen wie DJV, JS und „Der Störtrupp“ (DST) mit der Partei „Die Heimat“ und JN insbesondere in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt (Bundestagsdrucksache 21/1990, S. 13). Mitglieder rechtsextremer Jugendgruppen treten zunehmend etablierten rechtsextremistischen Parteien, darunter „Die Heimat“ und „Der III. Weg“, sowie deren Jugendorganisationen bei (<https://jungle.world/artikel/2026/06/rechtsextremismus-dritter-weg-die-heimat-nachwuchs-mit-schlagkraft>; <https://taz.de/Durchsuchungen-in-zwoelf-Bundeslaendern/!6176706/>). „Die Heimat“ versteht sich laut Medienberichten als „Dachverband“ für rechts-extreme Jugendgruppen und plant die Einbindung von DJV-Mitgliedern in Wahlkampfaktivitäten (www.morgenpost.de/berlin/article410994377/deutsche-jugend-voran-soll-in-neonazi-wahlkampf-eingebunden-werden.html). Medienberichten zufolge stellt „Die Heimat“ rechtsextremen Jugendgruppen Parteibüros, Lautsprecherwagen und organisatorische Unterstützung zur Verfügung (<https://jungle.world/artikel/2026/06/rechtsextremismus-dritter-weg-die-heimat-nachwuchs-mit-schlagkraft>). Die Bundesregierung bestätigte, dass in der Bundeszentrale der Partei „Die Heimat“ eine „Rechtsschulung“ für Mitglieder der DJV durchgeführt wurde (Bundestagsdrucksache 21/1990, S. 14). Laut Medienberichten steht die Parteizentrale in Berlin-Köpenick im Mai 2026 zum Verkauf (<https://taz.de/Nazis-verkaufen-Parteizentrale/!6176582/>).

Zudem lässt sich erkennen, dass rechtsextremistische Gruppierungen Parteien gründen oder sich an sie anbinden, um sich vor staatlichen Exekutivmaßnahmen zu schützen. So hat sich die von einem Verbot bedrohte, gesichert rechtsextremistische „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) 2024 als Partei neu organisiert (<https://table.media/berlin/news/identitaere-bewegung-wie-die-rechtsextremen-einem-vereinsverbot-entgehen>). Die Auflösung der „Jungen Alternative“ und anschließende Gründung der „Generation Deutschland“ als rechtlich unselbstständige Jugendorganisation der „Alternative für Deutschland“ begründen Führungspersonen „primär mit dem Schutz der Jugendorganisation vor staatlichen Exekutivmaßnahmen“ (Bundestagsdrucksache 21/3930, S. 6).

Die zunehmende Verzahnung etablierter rechtsextremer Parteien mit neuen aktionsorientierten Jugendmilieus sowie Versuche der strategischen Nutzung des Parteienprivilegs zur Umgehung staatlicher Sanktionsmaßnahmen werfen aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller erhebliche sicherheitspolitische Fragen auf.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung von aktionsorientierten rechtsextremen Jugendgruppen und die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen, auch unter Kindern und Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf Radikalisierungspotenziale, Gewaltorientierung, Rekrutierungsstrategien und mögliche Übergänge in rechtsterroristische sowie parteigebundene rechtsextremistische Strukturen?
 - a) Welche Veränderungen beobachtet die Bundesregierung bezüglich dieser Entwicklung innerhalb der letzten 5 Jahre?
 - b) Inwiefern passt die Bundesregierung die Finanzierung von Präventions-, Beratungs- und Distanzierungsangeboten im Bereich Rechtsextremismus an diese Entwicklung an?
2. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur Anzahl und regionalen Verteilung der Mitglieder von „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ für das Jahr 2025 (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

- a) Wie haben sich diese Zahlen seit 2020 jährlich entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln) und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?
- b) Inwiefern sieht die Bundesregierung eine Stärkung von „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ durch die Integration von (ehemaligen) Mitgliedern rechtsextremer Jugendgruppen?
3. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur Anzahl und geografischen Verbreitung von „Die Heimat“ und „Junge Nationalisten“-Strukturen, Untergliederungen und Immobilien (bitte nach Bundesländern und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
4. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden seit 2023 zur Anzahl neu gegründeter rechtsextremer Jugendgruppen, und in wie vielen Fällen bestehen Kontakte, personelle Überschneidungen oder Kooperationen mit der Partei „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ (bitte nach Jahren, Gruppen und Bundesländern aufschlüsseln)?
5. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur Anzahl gemeinsamer Demonstrationen, Kundgebungen oder sonstiger öffentlicher Aktionen von „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ und rechtsextremen Jugendgruppen seit 2023 (bitte nach Art der Aktivität, Jahr, Ort, Bundesland und beteiligten Gruppierungen aufschlüsseln)?
6. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu Mobilisierungen, Demonstrationen, Kundgebungen oder sonstigen öffentlichen Aktionen gegen Christopher-Street-Day-Veranstaltungen durch rechtsextreme Gruppierungen seit 2023 (bitte nach Art der Aktivität, Jahr, Ort, Bundesland, beteiligten Gruppierungen und Anzahl der Teilnehmenden aufschlüsseln)?
7. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu Fällen, in denen nicht parteigebundene rechtsextreme Jugendgruppen bei Demonstrationen unter Bannern, Symbolen oder organisatorischer Führung der „Jungen Nationalisten“ oder „Die Heimat“ auftraten (bitte nach Jahr, Ort und Bundesland aufschlüsseln)?
8. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden dazu, dass rechtsextreme Jugendgruppen Versammlungen über die Partei „Die Heimat“ und die „Jungen Nationalisten“ anmelden oder über deren Strukturen organisieren lassen, und in wie vielen Fällen ist dies seit 2023 bekannt geworden (bitte nach Jahr, Ort und Bundesland aufschlüsseln)?
9. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur strategischen Nutzung des Parteienprivilegs durch Rechtsextreme in Deutschland zur Umgehung von staatlichen Exekutivmaßnahmen, insbesondere zur Nutzung von Parteistrukturen als organisatorischem Schutzraum für rechtsextreme (Jugend-)Gruppen (bitte alle bekannten Fälle seit 2020 nach Jahr, Organisation und Bundesland auflis-

- ten), und welche Bewertung und konkreten Maßnahmen leitet die Bundesregierung hieraus ab?
10. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu Straftaten im Zusammenhang mit Veranstaltungen der Partei „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ sowie durch Mitglieder der „Jungen Nationalisten“ und der Partei „Die Heimat“ seit 2023 (bitte nach Deliktart, Organisation, Jahr, Bundesland und Anzahl der Tatverdächtigen aufschlüsseln)?
 11. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur Altersstruktur der Mitglieder sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen, Demonstrationen, Schulungen oder Treffen der „Jungen Nationalisten“ und der Partei „Die Heimat“, insbesondere zum Anteil Minderjähriger (bitte nach Altersgruppen (unter 14 Jahre, 14 bis 17 Jahre, 18 bis 25 Jahre, ab 26 Jahre), Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 12. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu personellen Überschneidungen zwischen den „Jungen Nationalisten“ bzw. der Partei „Die Heimat“ und der „Alternative für Deutschland“ bzw. ihrer Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (bitte nach Fallzahl, Art der Überschneidung und Bundesländern aufschlüsseln)?
 13. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu gemeinsamen Veranstaltungen, Demonstrationen oder Kampagnen von Mitgliedern der „Alternative für Deutschland“ und ihrer Jugendorganisation „Generation Deutschland“ bzw. ihrer Vorgängerorganisation „Junge Alternative“ mit der Partei „Die Heimat“ und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ seit 2023 (bitte nach Jahr, Ort, Bundesland und Anlass aufschlüsseln)?
 14. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zur Nutzung sozialer Medien durch „Die Heimat“ und „Junge Nationalisten“ und verbundene rechtsextreme Jugendgruppen (z. B. Anzahl der Kanäle, Follower*innenzahlen, Reichweiten und Plattformen), und wie hat sich diese Nutzung seit 2020 entwickelt (bitte nach Jahren, Plattformen und Gruppierungen aufschlüsseln)?
 15. Welche und wie viele der seit 2023 gegründeten rechtsextremen Jugendgruppen weisen nach Erkenntnissen der Bundesregierung direkte organisatorische, personelle oder infrastrukturelle Verbindungen zur Partei „Die Heimat“ oder den „Jungen Nationalisten“ auf (bitte nach Gruppierung, Art der Verbindung und Bundesland aufschlüsseln)?
 16. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu Versuchen der Partei „Die Heimat“ bzw. den „Jungen Nationalisten“, rechtsextreme Jugendgruppen organisatorisch in eigene Parteistrukturen zu integrieren, und in wie vielen Fällen ist dies seit 2023 bekannt (bitte nach Jahr, Bundesland und betroffener Gruppierung aufschlüsseln)?
 17. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die

Landesbehörden über die Anzahl von Parteieintritten von Mitgliedern rechtsextremer Jugendgruppen in die Partei „Die Heimat“ und die „Jungen Nationalisten“ seit 2023 (bitte nach Jahren, Bundesländern, Altersgruppen (unter 14 Jahre, 14 bis 17 Jahre, 18 bis 25 Jahre, ab 26 Jahre), Geschlecht und Herkunftsgruppierungen aufschlüsseln)?

18. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu Kampfsport- und Selbstverteidigungstrainings im Umfeld der Partei „Die Heimat“ und „Junge Nationalisten“ seit 2020 und zur Teilnahme von Mitgliedern rechtsextremer Jugendgruppen daran (bitte nach Jahr, Altersgruppen (unter 14 Jahre, 14 bis 17 Jahre, 18 bis 25 Jahre, ab 26 Jahre), Bundesland und Personenanzahl aufschlüsseln)?
19. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden zu strukturellen Rekrutierungsversuchen durch rechtsextreme Jugendorganisationen und die „Generation Deutschland“, insbesondere an Schulen und außerschulischen Aufenthaltsorten für Kinder und Jugendliche wie Jugendzentren und Sportvereine (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
20. Wie viele nicht vollstreckte Haftbefehle liegen aktuell gegen Personen vor, die „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ zugerechnet werden?
21. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden über die aktuelle und zukünftige Strategie, insbesondere eine mögliche geographische Verschiebung der Aktivitäten, von „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der Parteizentrale in Berlin-Köpenick?
22. Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung und/oder die ihr nachgeordneten Bundesbehörden oder nach Kenntnis der Bundesregierung die Landesbehörden, ob und wie viele Personen, die „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ zugerechnet werden, über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen?
 - a) Wie viele solcher Erlaubnisse wurden in den letzten fünf Jahren abgelehnt, zurückgenommen oder widerrufen?
 - b) Wie viele Personen, die „Die Heimat“ und den „Jungen Nationalisten“ zugerechnet werden, besitzen Waffen oder Sprengstoff und wie viele und welche Waffen und Sprengstoff sind im Besitz?
23. Was wurde bei den bundesweiten Durchsuchungen am 6. Mai 2026 bei Mitgliedern von „Deutsche Jugend Voran“ und „Jung und Stark“ festgestellt, insbesondere im Hinblick auf beschlagnahmte Waffen, Explosivstoffe und Vermögenswerte (bitte nach Gruppenzugehörigkeit, Landkreis bzw. kreisfreie Stadt sowie Anzahl und Art der Gegenstände aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele der bei den Durchsuchungen bei Mitgliedern von „Deutsche Jugend Voran“ und „Jung und Stark“ am 6. Mai 2026 sichergestellten Waffen wurden mit legaler Waffenerlaubnis besessen, wie viele ohne, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beschaffung illegaler Waffen und Explosivstoffe?

- b) Hat die Auswertung der Beschlagnahmen bei den o. g. Durchsuchungen bereits zu weiteren Tatverdächtigen oder weiteren Durchsuchungen geführt und wenn ja, in welchem Umfang?

Berlin, den 8. Juni 2026

Katharina Dröge, Britta Habelmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.